

Verantwortliche
Redakteure.

Für den politischen Theil:

E. Janane,

für Feuilleton und Vermischtes:

J. Steinbach,

für den übrigen redact. Theil:

J. Hirschfeld,

sämtlich in Posen.

Verantwortlich für den
Finanztheil:

J. Klugkist in Posen.

Mittag-Ausgabe.

Posener Zeitung

Achtundneunziger

Jahrgang.

Mr. 757

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährl. 4.50 M. für die Stadt Posen, 5.45 M. für
ganzen Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabenstellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 29. Oktober.

1891

Politische Uebersicht.

Posen, 29. Oktober.

In dem bisherigen hinterpommerschen Wahlkreise des Ex-ministers von Puttkamer hat anscheinend der entschieden liberale Kandidat Hofbesitzer Dau über den konservativen Kandidaten v. d. Osten der Sieg davongetragen. Hofbesitzer Dau gilt in seiner westpreußischen Heimat als freisinnig; er hat sich vor den Wählern seine Kraftionsstellung vorbehalten, aber selbstverständlich die volle Unterstützung der freisinnigen Partei erhalten.

Der Wahlsieg Daus würde, wie schon mehrfach von uns hervorgehoben, von noch größerer politischer Bedeutung sein, als derjenige der freisinnigen Partei im Tilsit im August es war. Denn Stolp Lauenburg ist, solange es Reichstagswahlen giebt, stets konservativ vertreten gewesen. Die Konservativen liegen dort bisher immer schon sofort im ersten Wahlgange. Konservative der äußersten Richtung, wie v. Gottberg, v. Denzin, v. Below-Saleske, Frhr. v. Hammerstein, v. Puttkamer hatten dort ihre Domäne. Nur ein einziges Mal 1877 bis 1878 war der Kreis freikonservativ vertreten. — Im Abgeordnetenhaus sind die Herren Frhr. v. Hammerstein, v. Bandemer und v. Bismarck die Vertreter. — Auch im Februar 1890 siegte bei der Reichstagswahl v. Puttkamer ohne Weiteres mit 10522 Stimmen gegen 5923 freisinnige, 148 sozialdemokratische und 83 Zentrumstimmen.

Der Wahlkreis zählt 142 343 Einwohner, darunter 108 466, also 76 Prozent Landbewohner. Die Städte des Wahlkreises sind Stolp (23 884 Einwohner), Lauenburg (8055 Einwohner) und Leba (1938 Einwohner). Im ganzen Wahlkreis erscheint kein liberales Blatt. Ein freisinniger Verein in Stolp führte bisher ein recht bescheidenes Dasein. Auf dem Lande sind nur 249 Dörfer, dagegen 294 Gutsbezirke. Die Konservativen unter Führung von Below-Saleskes haben bekanntlich das Möglichste geleistet in Lokalsperre für liberale Versammlungen, tumultuarischer Sprengung liberaler Versammlungen, in Judenhäze, Aufhebung des Landvolks gegen die Liberalen wegen angeblicher Begünstigung der Börse u. s. w. Zuletzt ließ man aus Berlin noch den Abgeordneten Cremer als Agitationsredner kommen — die Landräthe verhielten sich auch nicht neutral. Oberpräsident und Regierungspräsident waren im Kreise.

Die beiden Städte Stolp und Lauenburg haben zusammen abgegeben 2530 St. für Dau, 1037 für v. d. Osten, 251 für den Sozialdemokraten. Wie schon gemeldet waren bis Mittwoch Nachmittag bekannt geworden im Ganzen 7750 Stimmen für Dau, 4310 für v. d. Osten. Hiernach hatten also bis dahin die Stimmen aus Leba und vom Lande, den Vorsprung Daus' vor den Konservativen aus den beiden Städten von 1493 nicht verminder, sondern auf 3440 erhöht. Neuesten Nachrichten zufolge sind bis jetzt für Dau sogar 8917 St., für v. d. Osten dagegen nur 4930 St. gezählt, so daß die Wahl des Ersteren tatsächlich sicher scheint.

Offenbar ist gerade unter der Landbevölkerung ein entschiedener Umschwung im liberalen Sinne erfolgt, welcher durch alle konservativen Wahlpraktiken und alle Lobpreisungen der Konszölle nicht aufgehalten werden konnte.

Bestätigt sich der Sieg Dau's, so ist eine der bestfestigtesten Hochburgen der Konservativen gefallen; neuen Mut und neue Thatkraft wird dies auf der ganzen freisinnigen Linie im Reich entflammen.

Über den kaiserlichen Erfolg, soweit derselbe sich auf den Prozeß Heinze selbst, das Verhalten der Vertheidiger, die Stellung des Gerichtshofes und die Offenlichkeit des Verfahrens bezieht, schreibt heute selbst die „Post“: „Man wird sich davor hüten müssen, ausnahmsweise Erscheinungen und Vorgänge zu verallgemeinern und nicht gegen vereinzelte Ausnahmen zu Felde zu ziehen, als handle es sich darum, die Regel zu bekämpfen. Ferner wird man vorsam darauf bedacht sein müssen, nicht die Grundlagen unseres Strafverfahrens zu berühren. Die Offenlichkeit, das Recht und die Stellung des Vertheidigers sind solche Grundlagen unseres Strafverfahrens; in ihnen liegt zum Theil die Gewähr einer gerechten Rechtsprechung.“ Ganz unsere Ansicht. Über das Verhalten der Vertheidiger im Prozeß Heinze wird heute, wie im Morgenblatt mitgetheilt, die Berliner Anwaltskammer als Ehrengericht entscheiden.

Die Betriebsentnahmen der preußischen Staatsbahnen sind im September (im Vergleich zum Septbr. 1890) bei einer Vermehrung der Betriebslänge um 379,11 Km. um 4 819 980 M. oder 146 M. pro Km. gestiegen und zwar aus dem Personen- und Gepäckverkehr um 90 M. pro Km., aus dem Güterverkehr um 62 M. pro Km. Einschließlich einer Mehreinnahme von 216 359 M. aus sonstigen Quellen, betrug die Mehreinnahme im Ganzen 5 036 339 M. oder 153 M. pro Km. Vom 1. April bis Ende September betrug die Verkehrsentnahme mehr 20 773 118 M. oder 466 M. pro Km., einschließlich der Einnahmen aus sonstigen Quellen 22 293 797 M. oder 509 M. pro Km.

Über Emin Pascha befindet sich im nichtamtlichen Theile des „Reichsanzeigers“ eine Mittheilung. Darnach hat, wie schon gemeldet, der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika eine Meldung der Station Tabora an das Auswärtige Amt übermittelt, wonach Emin Pascha und Dr. Stuhlmann mit seiner Expedition Anfang Juli vom Albert-See nach dem Albert-See aufgebrochen sei. Andere Nachrichten liegen nicht vor. Der „Reichsanzeiger“ macht zu dieser Nachricht die folgende Bemerkung: „Bei dem Verlassen der deutschen Interessensphäre hat Emin Pascha gegen den ihm amtlich erteilten Auftrag gehandelt; er allein wird die Verantwortung für sein Vorgehen tragen müssen. Eine ähnliche Nachricht, wie die obige, hat auch, wie gleichfalls schon gemeldet, das „Berl. Tbl.“ aus Zanzibar erhalten. Die Nachricht stützte sich auf eine Mittheilung der katholischen Mission am Victoria Nyanza vom 24. Juli. Darnach sollten Emin und Dr. Stuhlmann bekanntlich nach

dem Albert Nyanza gefahren und vermutlich mittlerweile in Wadelai angekommen sein.

Wenn diese Nachrichten sich bestätigen, so hat Emin Pascha dem Trieb, wieder in seine alte Provinz zu gelangen, nicht zu widerstehen vermocht. Welches hier sein Schicksal nach seiner langen Abwesenheit sein wird, läßt sich natürlich nicht sagen. Die Hauptfrage bei dem Zuge Emin's bleibt, daß er denselben unternimmt mit Soldaten der Schutztruppe d. h. also auf Reichskosten, trotzdem die Regierung von einem solchen Zuge nichts wissen will. Auffällig ist, daß Dr. Stuhlmann sich diesem Zuge Emin's angeschlossen haben soll.

Die im „Reichsanzeiger“ mitgetheilte telegraphische Meldung des Gouverneurs zeigt gleichzeitig an, daß die Expeditionen Stairs und Jacques Anfang September wohlbehalten in Tabo-
bora angekommen sind.

Die französische Regierung bereitet gegenwärtig einen Gesetzentwurf vor, durch den sie das Zuhälterwesen, das, wie die „Köln. Ztg.“ schreibt, auch in Paris einen wirklichen Krebschaden bildet, nachdrücklich zu treffen beabsichtigt. Die Pariser Polizeipräfektur hat in letzter Zeit mehrere Hundert dieser Gesellen verhaftet lassen; aber es hat sich dann herausgestellt, daß man ihnen mit den bestehenden Gesetzen nicht wirksam zu Leibe gehen kann, und die gerichtliche Verfolgung mußte gegen fast alle eingestellt werden. Man gedenkt nun, das im Jahre 1885 gegen sie erlassene Gesetz schärfer zu fassen und man glaubt, daß man dabei auf die Zustimmung der gelegentlichen Körperschaften rechnen kann, die früher aus theoretischen Bedenken und wegen der Befürchtung mißbräuchlicher Anwendung die sehr einschneidenden Vorschläge der Regierung abgestimmt und nahezu unanwendbar gemacht hatten. Man konnte sich damals nicht entschließen, auf ein Gesetz einzugehen, das ja allerdings den Charakter eines Ausnahmegegesetzes trug; daß man es jetzt wahrscheinlich thun wird, beweist, daß sich hier in dieser Beziehung ein großer Wandel vollzogen hat.

Die Beziehungen zwischen Frankreich und Spanien sind zur Zeit amtlich bessere als nach der Tendenz der öffentlichen Meinung. Letztere nimmt mit starkem Mißbehagen von den Meldungen über das Verhalten der Franzosen an der marokkanischen Grenze Notiz, weil sie hinter denselben Gelüste auf Erstreckung des französischen Einflusses über Gebiete zu erkennen glaubt, welche nach spanischer Auffassungswise zu der eigenen Domäne spanischer Afrikapolitik gehören. Dazu kommt noch eine Frage der Zoll- und Wirtschaftspolitik, nämlich die in Spanien sehr absäßig vermerkte Haltung der französischen Regierungskreise in Sachen des spanischen Weinimports. Bekanntlich ist die gegenwärtig in Frankreich vorherrschende handelspolitische Tendenz eine den Interessen der spanischen Weinbauer diametral zuwiderlaufende, und hat dazu geführt, daß die früheren Sympathien für Frankreich jenseits der Pyrenäen im rapiden Verfall begriffen sind. Zahlreiche wirtschaftliche Korporationen Madrids und der Provinzen haben Aufrufe an die Landesbevölkerung gerichtet, keinerlei

Sprachdummheiten.

In rein grammatischen Fragen ist der einzige richtige Standpunkt der konservative, d. h. man muß das bisherige richtige vertheidigen und zu retten suchen, wo und so lange es eingedrungenem oder eindringendem neuem und falschem gegenüber irgend zu retten ist; auch in anscheinend verzweifelten Fällen darf man die Hoffnung nicht aufgeben, durch Klärung des getrübten Sprachbewußtseins oder durch Aufstachelung des trügen Sprachgewissens das richtige noch zu erhalten. Nur in ganz ausichtslosen Fällen ist der Kampf aufzugeben, und dem neuen, auch wenn es falsch ist, das Feld zu räumen. Wo ursprünglich Einheit und Gleichmäßigkeit walte, da ist sie streng zu wahren und jede willkürliche Durchbrechung abzuwehren; wo ursprünglich Mannigfaltigkeit herrscht, ist sie zu schonen und jeder öden Gleichmacherei vorzubeugen. Dabei ist überall der Volksmund zu berücksichtigen, aber zwischen Volksmund und Volksmund wohl zu unterscheiden: die Sprache der Ungebildeten, die naiv und ohne Grübelei verfährt, ist meist in besserem Rechte als die der Halbgilden, die sich Gedanken macht und dabei irre geht, weil es ihr an Kenntnissen fehlt. In logischen Fragen hat die Entscheidung einzig und allein der gesunde Menschenverstand. Wo keine logischen Unterschiede, die bisher beobachtet worden sind, verwischt zu werden drohen, da ist ebenso entschieden entgegenzutreten, wie da, wo man sich plötzlich als Dummkopf behandeln und sich ohne alles Bedürfnis Unterscheidungen aufzöhligen lassen soll. Wo aber Logik und Ästhetik um den Vorrang streiten, hat stets die Ästhetik das entscheidende

Wort zu sprechen, denn der Gebrauch der Sprache ist eine Kunst, und in aller Kunst sind die obersten Gesetze die Gesetze der Schönheit. Darum ist auch auf's nachdrücklichste alle Unnatur, alle Ziererei zu bekämpfen, wie sie sich oft in gesuchter Kürze, noch öfter in gesuchter Breite, in Schwulst und Überladung äußert. Die Sprache soll damit keineswegs zurückgeschraubt werden auf eine nüchterne Kahlheit des Ausdrucks, aber sie muß erhalten werden bei der Schlichtheit und Einfachheit, in der allein alle wahre Schönheit beruht. Vor allem aber ist überall der lebendigen Sprache zu ihrem Rechte zu verhelfen, gegenüber der unlebendigen, gemachten Schreibsprache, die unser Schriftdeutsch so vielsch entstellt.

Das sind die Grundsätze, welche für den Stadtbibliothekar und Direktor des Rathauses in Leipzig, Dr. Wustmann bei Abschaffung seines Buches „Allerhand Sprachdummheiten“ (Verlag von Fr. Wilhelm Grunow, Leipzig) maßgebend waren. Der Verfasser, einer der hervorragendsten Kenner unserer Muttersprache, bezeichnet sein Buch als „Kleine deutsche Grammatik des Zweifelhaften, des Falschen und des Hässlichen. Ein Hilfsbuch für alle, die sich öffentlich der deutschen Sprache bedienen.“ Für alle, die sich öffentlich der deutschen Sprache bedienen, d. h. also für Journalisten, Parlamentarier, Juristen, Geistliche u. s. w. In seinen Erläuterungen hierzu sagt Herr Dr. Wustmann wörtlich: „Seit länger als einem Menschenalter ist in unserer Sprache eine Macht am Werke, die schon unfähigen Schaden angerichtet hat und auch noch fernher anrichten wird: die Tagespresse. Es mag für alle, die an ihrer Herstellung beteiligt sind, bitter zu hören sein, aber es ist doch die Wahrheit, was so oft ausgesprochen worden ist: die

Hauptursache der Verwildering unserer Sprache, der eigentliche Herd und die Brutstätte dieser Verwildering sind die Zeitungen, ist die Tagespresse in der Gestalt, die sie seit Einführung der Pressefreiheit (1848) noch mehr seit Einführung der Gewerbefreiheit und vor allem seit der politischen Erregung der Kriegsjahre 1864, 1866 und 1870 und der sozialen und wirtschaftlichen Erregung, die darauf folgte, angenommen hat.“ Hieran knüpft Dr. Dr. Wustmann eine ganze Reihe von Angriffen auf die Tagespresse und deren Vertreter, Angriffe, welche von einer so vollkommenen Unkenntnis der betreffenden Verhältnisse zeugen, wie wir sie dem Stadtbibliothekar und Direktor des Rathauses in Leipzig nicht zugetraut haben. Wenn man den Ausführungen des Verfassers Glauben schenken wollte, so müßte man schleunigst einen heiligen Eid ablegen, in Zukunft jede Zeitung wie die Pest zu meiden; die auf der Schule erworbenen Kenntnisse in der Muttersprache könnten ja in Gefahr gerathen. Es wird keinem verständigen Menschen in den Sinn kommen, zu behaupten, daß die Tageszeitungen in allen Theilen ein mustergültiges Deutsch aufweisen; es wird aber auch andererseits jeder, der nur den geringsten Einblick in den Betrieb einer größeren Zeitung zu gewinnen Gelegenheit hatte, einsehen, daß es geradezu ein Ding der Unmöglichkeit ist, in grammatischer und stilistischer Hinsicht nur tadellose Artikel in einer Tageszeitung zu veröffentlichen. Daß Herr Dr. Wustmann nicht zu denjenigen gehört, welche das einsehen, ist um so verwunderlicher, als er doch selbst für Zeitungen schreibt. (Auch die in dem vorliegenden Buche enthaltenen Abhandlungen sind in den „Grenzboten“ erschienen.) Wäre es für ihn nicht

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition der
Zeitung, Wilhelmstraße 17,
Herr Ad. Schle, Hoflieferant,
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ges.
Otto Nitsch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmstraße 8,
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen Arndt
Posse, Hasenlein & Vogler u. G.
G. L. Daube & Co., Invalidenbank.

Inserate, die sechsseitige Zeitzeile oder deren Raum
m der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
80 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an vorzüglicher
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Waaren französischen Ursprungs mehr zu kaufen und überhaupt alles, was dem französischen Interesse in Spanien Vorschub leisten könnte, so lange in Acht und Baum zu thun, als die feindselige Haltung Frankreichs gegen spanische Provinzen vorhält. In ganz der gleichen Richtung bewegt sich ein Rundschreiben, welches der Executivausschuss der spanischen Handelskammern an seine Klientel erlassen hat. Dasselbe erklärt die Weigerung Frankreichs, den bestehenden Zolltarif in Bezug auf den Import spanischer Weine zu erneuern, für ein Attentat auf die vitalsten Interessen der spanischen Weinbauer und fordert sein Publikum auf, sich mit allem Nachdruck dafür zu verwenden, daß Spanien seine Handelspolitik der Zukunft Frankreichs gegenüber auf dem Fuße der strengsten Gegenseitigkeit einrichte.

Deutschland.

Berlin, 28. Oktober. Eine Kritik an den Boguslawskischen Vorschlägen zur Abkürzung der Dienstzeit ist im „Militär-Wochenblatt“ vor Kurzem erschienen und wird jetzt vom Herrn von Boguslawski in einer fachmännischen Auseinandersetzung zurückgewiesen. Die Boguslawskische Erwiderung verstärkt den Eindruck, daß materiell überhaupt nichts mehr gegen die zweijährige Dienstzeit zu sagen ist. Der General nimmt es mit der Aufdeckung der Irrtümer und Fehler seines Kritikers gewiß ernst, und er wird sich nichts haben entgehen lassen wollen, um seinen Standpunkt gegen alle Einwendungen zu sichern. Man möchte deshalb annehmen, daß diese Erwiderung im „Militär-Wochenblatt“ die Frage noch einmal erschöpft. Dass sie dies nicht thut, weil sie es nicht mehr zu thun braucht, ist gerade das Erfreuliche an dieser jüngsten Controverse auf dem bezeichneten Gebiete. Herr von Boguslawski spricht wie ein Mann, der gewiß ist, daß die Zahl der ihm Zustimmenden schon die der Gegner übertrifft, und der namentlich gewiß ist, daß an maßgebenden Stellen kein prinzipieller Widerspruch mehr laut wird. Der Art und Weise, wie bei uns militärische Fragen behandelt werden, würde es wenig entsprechen, wenn die Frage der zweijährigen Dienstzeit zum Gegenstande fortgesetzter Erörterungen ohne praktischen und unmittelbaren Anlaß gemacht würde. Die Bevölkerung wartet in solchen Dingen die Gelegenheit ab, wo es geboten ist, mit seinem Urtheil Stellung zu nehmen. Die verhältnismäßige Ruhe also, mit der diese Frage der Verkürzung der Dienstzeit behandelt wird, ist alles Andere eher als Gleichgültigkeit. Nichts darf wohl als sicherer gelten, als daß es geradezu ein Gefühl der Sehnsucht ist, mit dem die Nation ohne Unterschied der Parteien auf diese Entlastung harrt. Herr von Bemmigsen traf in der vorigen Reichstagsession das Richtige, als er erklärte, die zweijährige Dienstzeit sei eine Forderung „von wahrhaft grenzenloser Popularität.“ Unsere Militärs sind denn auch hoffentlich nicht der falschen Meinung, daß es genüge, die Frage ausschließlich nach der technischen Seite hin zu erörtern. Herr v. Boguslawski wenigstens ist sich der ungemein volkswirtschaftlichen Bedeutung der Sache bewußt und in einer Zeit, wo Herr v. Caprivi erklärt hat, daß die Regierung bei allen ihren Maßnahmen die Rückwirkung auf die Sozialdemokratie im Auge habe, erscheint es gewiß nicht als unhilfliche Forderung, daß gerade diese Frage von der nämlichen Seite her angesehen werde. Bei der Berathung des Militäretats wird das Problem der Verkürzung der Dienstzeit diesmal eine ganz andere Rolle als früher spielen. Als die Angelegenheit zum letzten Male zur Diskussion stand, konnten die Freunde der Reformmaßregel sich noch nicht auf eine so wichtige Unterstützung wie die des Herrn v. Boguslawski berufen. Inzwischen ist es offenbar geworden, daß die Militärverwaltung selber die vorbereitenden Schritte zur Erprobung der zweijährigen Dienstzeit im Wege einer veränderten Truppenausbildung eingeschlagen hat.

— Über die nächste Sitzung des Reichstags und

die Tagesordnung für dieselbe ist, wie die „Lib. Kor.“ hört, im Reichstagsbureau bisher offiziell nichts bekannt.

— Wie die „Berl. Pol. Nachr.“ mitheilten, schwelen Erörterungen darüber, ob und mit welchen Maßregeln die Verwandlung von domänenfiskalischen Großgründenbesitz in kleine oder mittlere Rentengüter sich empfehlt.

— Die in kolonialen Dingen unterrichtete „Börsenzeitung“ läßt sich folgendermaßen über Wissmann aus: „Major v. Wissmann ist in Kairo erkrankt. An amtlicher Stelle ist sein von den Zeitungen gemeldetes Entlassungsgesuch noch nicht eingetroffen, auch ist daselbst von Differenzen Wissmanns mit dem Gouverneur v. Soden nichts bekannt. Dass Wissmann zurücktreten wollte, ist indessen wahrscheinlich, und zwar aus Verzweiflung darüber, keine Träger zu bekommen. Seit dem Unglück, das die Zelewskische Expedition traf, herrscht unter den Sudanen eine wahre Panik. Man darf der Hoffnung Raum geben, daß Wissmann, wenn er erst wieder gesund wird und wenn die gegenwärtigen Schwierigkeiten weniger störend in die Erscheinung treten werden, seine etwaige Absicht, den Dienst zu quittieren, wieder aufgeben werde. In jedem Fall wird die Seen-Expedition selbst dann, wenn Wissmann definitiv ausscheiden sollte, nicht aufgegeben werden. Hierauf bezügliche Beschlüsse werden in der in kurzer Zeit zusammentretenen Kommission der Antislaveri-Lotterie gefaßt werden.“

— Nach der „Magd. Btg.“ leidet Wissmann an einer großen Schwäche als Folge von Gallenaffektionen, doch glaubt auch dieses Blatt, daß seine kräftige Natur diese Störungen überwinden werde.

— Über die Niederlage der Zelewskischen Expedition durch die Wahehe hat der Gouverneur von Deutschostafrika eine Untersuchung vor dem Auditeur der Schutztruppe veranlaßt. In der neuesten Nummer des „Reichsanzeiger“ werden die Vernehmungsprotokolle zum Abdruck gebracht.

Das erste Protokoll betrifft, die Aussage des Lieutenant v. Heydebrect. In dem Protokoll wird zuerst die Marschordnung der Expedition am 17. August mitgetheilt. Es wird dann das Buschland geschildert, durch welches die Kolonne zog. Als die Kolonne einschließlich der Artillerie zu beiden Seiten von dem Busch umgeben war, schoss Lieutenant Bzewitz nach einem Adler. Lieutenant v. Heydebrect sagt alsdann weiter aus: Dieser Schuß hatte die Wirkung eines Signals, unmittelbar nach demselben fielen 5 bis 10 Schüsse aus sogenannten Schenfigewehren und gleichzeitig erscholl das Kriegsgeschrei der Wahehe, welche wir in einer Entfernung von etwa 30 Schritt den Abhang zur Linken in schnellstem Laufe herunterliefen. Ihre Anzahl war eine ungeheuer große, so weit man blicken konnte, war der ganze Abhang von ihnen bedekt. Lieutenant von Bzewitz und ich nahmen uns von den boys sofort unsere Gewehre und schossen. Gleichzeitig begann die ganze Kolonne zu feuern, doch geschah der Angriff so schnell und unerwartet und hatte die aus nächster Nähe in den dichten Haufen abgegebene Salve eine so geringe Wirkung auf die Wucht des Angriffs, daß die Sudanen der 5. Kompanie sich rückwärts in den Busch wandten, indem sie dabei von Neuem luden und einzeln nach rückwärts schossen. Die Verwirrung der 5. Kompanie wurde bedeutend dadurch vermehrt, daß die Eis der Artillerie mit ihren Geschütz- und Munitionstafern in rasendem Laufe den Weg zurückgeprengt kamen. Lieutenant von Bzewitz sowohl wie ich bemühten uns verschiedentlich, die Leute zum Halten zu bringen, als ich selbst einen Schlag auf den Kopf fühlte, welcher mich taumeln machte, und einen zweiten durch den ich zu Boden gestreckt wurde und die Besinnung verlor. Der ganze Vorgang bis zu diesem Augenblick hatte sich in zwei bis drei Minuten abgespielt. Lieutenant von Heydebrect schildert alsdann ausführlich seine Rettung. Die Sudanen hatten ein im Busch stehendes Haus entdeckt, in welchem Herr v. Heydebrect mit seinen Sudanen zunächst blieb. Abends meldete ihm eine Patrouille vom Lieutenant v. Tettenborn, sich an den letzteren heranzuziehen. Es ist nach Ansicht des Herrn v. Heydebrect vollständig ausgeschlossen, daß der eine oder andere der tot gemeldeten Europäer mit dem Leben davon geskommen ist. Weiter sagt Hr. v. Heydebrect aus: Die Sachlage war im Augenblick des Angriffs für den Lieutenant v. Bzewitz, mich und die 5. Kompanie entschieden die günstigste, da wir, wenn auch nur auf dreißig Schritt, den Feind herankommen sahen und uns so zur Gegenwehr fertig machen könnten. Alle diejenigen, welche vor uns im Busch sich befanden, sind sicher vollständig überrascht worden. Ich müßte mich sehr

täuschen, wenn der Sergeant Tiedemann vor seinem Tode nicht noch ausgesagt hat, er hätte seine Wunde empfangen, noch ehe er zum Schuß gekommen war.edenfalls ist es nicht möglich gewesen, vom Wege weiter als fünf Schritte in den Busch zu sehen. Auch kam in der Richtung des Marsches nach vorne hin niemand entkommen sein, weil gerade dort sich die Hauptmacht der Wahehe befunden haben muß. Denn offenbar ist es ihre Absicht gewesen, uns erst anzugreifen, nachdem die ganze Kolonne im Busch verschwunden war.

Das zweite Protokoll ist das von Herrn v. Tettenborn. Die Aussagen des Herrn v. Tettenborn decken sich im wesentlichen mit seinem bereits vor einiger Zeit im „Reichsanzeiger“ abgedruckten Bericht. Das dritte Protokoll ist das des Proviantmeisters des Expeditionskorps, Feldwebels Ray. Auch dieser hält es für unmöglich, daß ein Europäer, der etwa im Kampfe noch nicht getötet, zurückkehrt. Das vierte Protokoll ist von dem Unteroffizier Wupper unterzeichnet, der bei der Artillerie war. Seine Aussagen decken sich im Wesentlichen mit denen des Lieutenant v. Heydebrect. Schließlich erklären Lieutenant v. Tettenborn und Lieutenant v. Heydebrect über das Schicksal der vermissten Europäer folgendes: „Es ist ausgeschlossen, daß noch irgend ein Europäer von der Expedition an die Küste zurückkehrt. Unsere Stellung auf dem Hügel war von drei Seiten von Bergen umgeben, sodaß jeder, der nach diesen Richtungen entkam, unsere Stellung und Haben hätte sehen müssen. Nur nach vorne hin blieb das Gelände ohne Steigung durch Busch bedeckt. Jedoch ist es nicht anzunehmen, daß hierin Demand entkommen sei, da von hier der Hauptüberschlag geschah und das Feuergefecht dort sehr bald verstummt war.“

Die Ernennungen zur Generalsynode werden in der neuesten Nummer des „Reichsanzeiger“ veröffentlicht. Ein Theil dieser Ernennungen haben wir nach der „Kreuztg.“ bereits vor einigen Tagen mitgetheilt. Außer den bereits gemeldeten Herren sind noch ernannt worden: Der vortragende Rath im Kultusministerium, Bayer. Gutsbesitzer Birckel zu Erlau, Kommerzienrat Delius zu Elberfeld, Konsistorialrat Dryander in Berlin, Pfarrer Engelbert in Duisburg, Domprediger Faber, Graf v. Hagen auf Möckern, Freiherr Kammerherr v. Münch in Berlin, Superintendent Kelle zu Hamm, Feldvryost Richter in Berlin. — Gleichzeitig veröffentlicht der „Reichsanzeiger“ die Berufung der Generalsynode auf den 10. November nach Berlin.

„Ernst ist die Zeit! Nicht das Säbelgerassel und das Geplötz eines Boulanger war gefahrdrohend für Deutschland.“ So begann ein Vortrag, den einer der drei Breslauer Landtags-Abgeordneten dieser Tage im reaktionären „Neuen Wahlverein“ in Breslau über den Einfluß der Wasserstrafen auf die wirtschaftliche Entwicklung Preußens gehalten. Dies Eingeständnis ist jedenfalls interessant, wenn man bedenkt, daß die Erregung des Boulanger-Furth, die Frakturierung des Schnäbel-Zwischenfalls und der Melnit-Affäre von den Kartellparteien als bevorzugtes Wahlmanöver in Anwendung gebracht worden ist. Das Bekanntnis, daß das, was von freisinniger Seite schon damals als „Boulanger-Swindel“ bezeichnet wurde, in der That nichts weiter war, als Schwindel, kommt etwas spät; immerhin ist die Offenheit, mit der jetzt ein Kartell-Abgeordneter erklärt, daß Gepolter eines Boulanger sei nicht gefahrdrohend gewesen für Deutschland, anzuerkennen.edenfalls haben die Freisinnigen wieder einmal schon zu einer Zeit die Wahrheit gesagt, wo die Kartellisten es noch für nötig hielten, dieselbe zu verschweigen.

Vermissenes.

Aus der Reichshauptstadt. In der Mordeaffäre in der Holzmarktgasse hat die Kriminalpolizei einen Umstand ermittelt, der den verhafteten Handlungskommiss Ernst Schulze wesentlich entlastet. Der Beschuldigte hat nämlich merkwürdiger Weise erst jetzt — angegeben, daß er in der Nacht zu Sonntag, in welcher der Mord verübt wurde, seinen Kaffeebrunnen Nebenzieher überhaupt nicht tragen konnte, weil er zu dieser Zeit nicht im Besitze desselben war. Am 24. bereits habe er den fraglichen Nebenzieher bei einem Pfandleihen M. für vier Mark verzeigt und erst am Sonntag, den 25. d. Mts., Morgens wieder eingelöst, nachdem er auf ein seinen Eltern vorher entwendetes Sparkassenbuch Geld erhalten hätte. Die kriminalpolizeilichen Recherchen haben nun ergeben, daß alle Angaben Schulzes richtig sind, dieser daher nicht der von den Zeuginnen beschriebene Mann mit dem kaffeobraunen Nebenzieher gewesen sein kann. Was die unter dem Bette der ermordeten Nitsche vorgefundene, mit Blut besudelten Manschette anbetrifft, so ist ermittelt worden, daß diese aus einer Fabrik in Auerbach (Sachsen) stammen und außer der Deiss-Nummer noch einen sogenannten Kundenstempel tragen, nämlich die Zahl 565. Es ist dies ein Stempel, den größere Wäschegeschäfte auf die Wäschestücke

außerordentlich leicht gewesen, sich einen Einblick in den Zeitungsbetrieb zu verschaffen, bevor er ein so merkwürdiges Urtheil über die Tagespresse fällt? Die Redaktion des großen (dem Format nach) „Leipziger Tagblatts“ würde den Direktor des Rathsarchivs ohne allen Zweifel mit besonderer Zuverlässigkeit mit den Schwierigkeiten der Herstellung einer Zeitung bekannt gemacht haben. Es ist doch ein gewaltiger Unterschied, ob Herr Dr. Wustmann in der Stille seines Studizimmers einen Artikel für die „Grenzboten“ abschafft, bei welcher Arbeit er sich sicherlich durch Niemanden stören läßt, oder ob der Redakteur einer mehrmals täglich erscheinenden Zeitung unter unaufhörlicher Störung einen Leitartikel schreibt oder Korrespondenzen druckfertig macht. Die Leitartikel nennt der Verfasser der „Sprachdummheiten“ übrigens „gedruckte politische Kannegelei“. Da er allem Anschein nach nur die Tagespresse Leipzigs im Auge hat, stimmen wir vollkommen bei. Wenn sich aber Herr Dr. Wustmann einmal die Mühe geben würde, sollte es auch Selbstüberwindung kosten, eine größere Anzahl anderer, auch nicht antisemitischer Zeitungen zu lesen, so würde er wohl anderer Meinung werden. Im Uebrigen mag Herr Wustmann sich nicht mit Gewissensbissen plagen, daß auch nur einer von den „Zeitungsschreibern“ mit Bitterkeit über seine (Wustmann's) hinsichtlich der Tagespresse geäußerten, sogenannten Wahrheiten erfüllt sein wird. Muß es auch zweifellos das Bestreben jedes „Zeitungsschreibers“ sein, möglichst formvollendete Arbeiten zu veröffentlichen, so ist sich derselbe aber auch stets bewußt, daß die Presse noch ganz andere Aufgaben zu erfüllen hat, als nur die, den Leser in der Muttersprache fortzubilden. Andere Aufgaben der Presse aber, vielleicht mit Ausnahme der Vertretung antisemitischer Bestrebungen, scheint der Herr Rathsarchivar, der noch mit Rührung der Seiten gedenkt, als es noch keine Tagesblätter gab, nicht zu kennen.

Die Angriffe des Verfassers der „Sprachdummheiten“ auf die Tagespresse sollen uns jedoch keineswegs hindern, die Bedeutung seines Werkes anzuerkennen. In einer großen Anzahl von Abschnitten werden die häufigsten Fehler und die verbreitetsten Geschmacklosigkeiten besprochen und ihre Abstellung gefordert. Die Einleitung enthält übrigens auch vieles, was recht beherzigenswerth ist. Wir heben namentlich folgende Stellen heraus:

„Ueber unsre Ausländer, über diese Erbschwäche der Deutschen ist schon viel geklagt worden, aber immer vergebens. Der Deutsche mag so alt werden, wie er will, er wird immer und ewig der Affe der anderen Nationen bleiben, wird immer das, was andere Völker haben, für besser, feiner und vornehmer halten, als was er selber hat. Wenn er ein paar Monate im Auslande zugebracht hat, so thut er bei seiner Rückkehr, als ob er seine Muttersprache verlernt hätte; bleibt er vollends draußen, so hat er nichts Eiligeres zu thun, als den Deutschen auszuziehen und in der Sprache, in den Sitten und den Gebräuchen des Auslandes aufzugehen. Man hoffte, daß darin nach dem deutsch-französischen Kriege eine Wendung zum Besseren eintrete, daß sich der Deutsche zu etwas Nationalstolz aufraffen würde. Aber die Hoffnung ist ganz vergeblich gewesen. Die alte Schulmeinung, daß ein „politischer Aufschwung“ immer auch das ganze Geistesleben einer Nation emporheben müsse, hat sich bei uns gründlich als Aberglaube erwiesen. Wo ist das nationale Drama, wo ist die nationale Kunst geblieben, die man 1870 erwartete? Sie sollen noch heute kommen. Von politischer Machterhöhung eines Volkes eine Erhöhung und Veredelung seines geistigen Lebens zu erwarten, ist ebenso kindlich, wie wenn man etwa von einer Schule einen großen Umschwung und Aufschwung erwartet,

wenn sie aus einem alten bescheidenen Hause, worin sie jahrhundertlang zugebracht, in einen „zeitgemäßen“, neuen prächtigen Schulpalast übergesiedelt. Auch da bleibt innerlich und im Kern gewöhnlich alles beim Alten. Nationalstolz liegt nun einmal nicht im Wesen des Deutschen, er fürchtet sich möglichst davor, fürchtet, man möchte ihm am Ende „Chauvinismus“ vorwerfen. Wir stecken seit 1870 so tief oder vielmehr tiefer in der Ausländerdrin als je. Auch von uns gilt das Wort des Horaz: „Graecia capta victorem cepit.“ . . . Sprachfehler sind zu allen Zeiten gemacht worden. Auch unsere großen Schriftsteller haben zuweilen falsch geschrieben (wie die großen Künstler sich zuweilen verzeichnet haben), und es kann nichts Verkehrteres geben, als sich, wie es so oft geschieht, zur Vertheidigung eines Fehlers auf einen großen Schriftsteller zu berufen; ein Fehler, mag ihn geschrieben haben, wer da will.“

„Spricht wirklich einmal ein sprachkundiger Kritiker offen einen Tadel (über die sprachliche Darstellung) aus, was geschieht dann? Sofort schreit der Verfasser des Buches über Schulmeisterei, Pedanterie, erklärt Verstöße gegen die grammatische Richtigkeit und den guten Geschmack, die ihm nachgewiesen werden, für seine „stilistische Eigenart“, die er sich nicht antasten und verkümmern lassen werde.“

Das Buch selbst zerfällt in drei Abschnitte: 1) zur Formenlehre, 2) zur Wortbildungsllehre, 3) zur Satzlehre. Das Material ist so überaus reichhaltig, daß es unmöglich ist, alles anzudeuten, was in dem Werk behandelt ist. Wir können nur die Anschaffung desselben dringend empfehlen.

aufzudrücken pflegen, um sich ihre Kunden zu merken. Vielleicht trägt dieser Umstand zur Ermittlung des Thäters bei. An dem Anzuge, welchen Schulze bei seiner Einlieferung trug, waren irgendwelche Blutspuren nicht nachzuweisen. Sollte sich dies bewährten, so bliebe wenig Belastungsmaterial gegen Schulze übrig; denn auch betreffs der Nachauseinführung ihres Schlafbüschens hat die Wirthin des Schulze ihre Aussage dahin modifiziert, daß sie die Uhr Nachts gegen 1 Uhr nicht verglichen, sondern nur schlagen gehört habe. Die fragliche Stundenuhr zeigt aber die halben Stunden durch einen Schlag an; es ist daher sehr leicht möglich, daß es um die Zeit, als Schulze nach Hause kam, halb zwölf oder halb eins und nicht ein Uhr geschlagen hat.

Es sind übrigens bei der Kriminalpolizei wiederum neue Anzeigen eingegangen, denen man so großes Gewicht beilegen mußte, daß die diesbezüglichen Recherchen sofort eingeleitet worden sind. Was das Motiv des Mörders anlangt, so ist man in kriminalpolizeilichen Kreisen der Ansicht, daß ein Lustmord völlig ausgeschlossen ist und es sich nur um die Frage handeln kann, ob man es mit der That eines wahnsinnigen oder eines abergläubischen Menschen zu thun hat. Über die Bedeutung eines solchen Aberglaubens freilich ist man hier im Unklaren; es ist daher der Anregung Folge gegeben worden, von der Londoner Polizeibehörde die gegen den Whitechapel-Frauenmörder „Jack the Ripper“ geführten Aften kommen zu lassen, um aus denselben festzustellen, zu welchem Resultat man dort bezüglich des Motivs an den unheimlichen Verbrechen gekommen ist, welche mit dem in der Holzmarktgasse verübt so große Ähnlichkeit haben.

Zur Verhaftung des Pastors Harder meldet man aus Graz die folgenden Einzelheiten: In Folge der Requisition des Untersuchungsrichters am Landgericht II. Berlin, wurde der wegen Sittlichkeitsvergehens, begangen an Kindern unter 14 Jahren, steckbrieflich verfolgte Pastor Hans Jürgen Harder am 24. d. M. von zwei Sicherheitswachleuten in Zivil verhaftet. Die Beamten gewährten ihm Arretanten noch so viel Zeit, daß derselbe sein Mittagbrot einnehmen konnte. Pastor Harder, der sich in Graz acht Tage unangemeldet bei seinem Schwager, dem Ingenieur Steinbrück, aufgehalten hatte, fügte sich, nachdem er gesperrt, willig in die Verhaftung, die er übrigens erwartet zu haben schien. Er sagte dabei: „Ich muß mich in Gottes Namen fügen.“ (!) Der Verhaftete sprach dann noch von einer „Intrigue seiner Gegner in Berlin“; er wurde mittelst eines geschlossenen Fingers, zunächst der Polizeibehörde vorgeführt und dann ebenfalls mittelst Wagen dem Landesgerichte eingeliefert, woselbst er sich noch gegenwärtig in Haft befindet. Der Auslieferung des Verhafteten dürfte nichts im Wege stehen.

Telegraphische Nachrichten.

Breslau. 28. Okt. Heute Vormittag wird der zur Errichtung des Kaiser Wilhelm-Denkals in Aussicht genommene Platz von der Stadt dem Denkmal-Komite übergeben werden.

Dirschau. 28. Okt. Heute Nachmittags 2 Uhr 40 Min. wurde die alte Eisenbahnbrücke zum letzten Male benutzt, indem um die angegebene Zeit der Personenzug Dirschau-Königsberg dieselbe als letzter Zug passierte. Um 3 Uhr 45 Min. fuhr der erste Zug, der Personenzug Königsberg-Dirschau über die neue Brücke. Der Eröffnung der neuen Brücke wohnten Mitglieder der Eisenbahn-Direktion Bromberg und des Betriebsamts Danzig, sowie ein zahlreiches Publikum bei, welches den über die Brücke fahrenden ersten Zug mit Hurraufen und Tücherschwenken begrüßte. Die alte Brücke wird, nachdem die Schienen durch einen Bohlenbelag ersetzt worden sind, dem Privatverkehre übergeben werden.

Hannover. 28. Okt. Der Syndikus und Landtagsabgeordnete Tramm ist heute mit 21 gegen 11 Stimmen zum Stadtdirektor gewählt worden.

Stuttgart. 28. Okt. Dem „Schwäb. Merk.“ zufolge wird das Haus der Abgeordneten am Freitag die Vorlage über die Zwilliste berathen. Am Sonnabend findet die Debatte über die Adresse statt, welche dem Könige in der nächsten Woche übergeben werden soll. Spätestens am Mittwoch nächster Woche würde die Kammer geschlossen werden.

Wien. 28. Okt. Der Jockeyklub wird in Betreff der entdeckten unstatthaften Einverständnisse zwischen Jockeys und gewissen Wettern in dem übermorgen erscheinenden Wochen-Rennkalender die Beschlüsse betreffs der von allen Rennplätzen ausgeschlossenen Jockeys Busby und Coates, sowie die Namensliste derjenigen Turfbesucher publizieren, denen der Besuch der Rennplätze in Wien und Budapest auf Grund des Hausraths verboten wird. In der Begründung solle nicht von betrügerischen Handlungen, sondern nur von verbotenem Wettspielen der Jockeys die Rede sein und sei die Strafe nur wegen Übertretung dieses Verbots verhängt worden.

Wien. 28. Okt. Das „Fremdenblatt“ meldet, daß in der Angelegenheit der Decentralisation der Staatsbahnen in Galizien die Pole selbst von ihrer ursprünglichen Forderung, die Krakauer Betriebsdirektion aufzuheben, abstehen, und daß die ganze Aktion mit einer von Neujahr ab eintretenden Erweiterung der administrativen Befugnisse sämtlichen österreichischen Betriebsdirektionen endigen werde.

Petersburg. 28. Okt. Die Tscherepowezer Kreis-Landschafts-Berghaltung im Gouvernement Nowgorod beschloß, die Regierung um ein Verbot der Ausfuhr von Roggen, Roggengemehl und Hafer aus dem Kreise Tscherepowez zu ersuchen.

Moskau. 28. Okt. Die „Moskauer Zeitung“ meldet gerüchtweise, die für die Mizwachs-Gouvernements geltenden ermäßigte Eisenbahn-Getreidetarife sollten auf das ganze Reich ausgedehnt werden.

Rom. 28. Okt. Das parlamentarische Komite für den Friedenskongress giebt offiziell bekannt, daß an dem Beschlusse festgehalten wird, wonach die interparlamentarische Konferenz zwischen dem 3. und 8. November und der Friedenskongress selbst zwischen dem 9. und 16. November tagen sollen.

Paris. 28. Okt. Nach Meldungen aus Rio de Janeiro vom 27. d. vorzte die Deputirtenkammer in dritter Lestung die Gesetzentwürfe betreffend die Beschränkung des gegenwärtigen Umlaufs von Papiergegeld und betreffend die Aufhebung des Dekrets über die Bahlung der Eingangsölle in Gold.

Paris. 28. Okt. Heute Nacht fand auf dem Bahnhofe

Le Mans ein Zusammenstoß eines Personenzuges mit einem Güterzug statt. Die Reisenden des Personenzuges hatten die Waggons bereits verlassen. Von den Bedienten ist der Kondukteur des Personenzuges schwer verwundet worden.

Tunis. 28. Oktober. Eine zur Minenanlage aufgefahrene Mauer stürzte, vom Regen unterwaschen, ein und veranlaßte den Einsturz zweier Häuser, wo Eingeborene ein Hochzeitsfest begingen. Etwa 30 Personen fanden ihren Tod; 18 Leichen sind bereits hervorgeholt worden.

Madrid. 28. Okt. Die Überschwemmungen des Ebro und seiner Nebenflüsse dauern fort.

Athen. 28. Okt. Für die zahlreichen auswärtigen Arbeiter, welche durch die Einstellung des Baues der Eisenbahn-Mytili-Kalamata brotlos werden, hat die Regierung, obwohl sie sich sonst in die Angelegenheit nicht einmischt, doch aus Humanitätsrücksichten einen Kredit gewährt, um dem größten Mangel abzuhelfen. Inzwischen dauern die Bemühungen fort, ein Arrangement zur Weiterführung der Arbeiten zu treffen.

Rom. 29. Okt. Der „Osservatore Romano“ erklärt, der Papst habe niemals zugegeben, daß das Zirkular des französischen Kultusministers, Fallieres, an die Bischöfe durch die Umstände gerechtfertigt gewesen sei. Der Papst habe die Nothwendigkeit der Aufhebung der Pilgerzüge zugeben müssen, aber nicht umhin gekonnt, das Zirkular des Ministers zu beklagen.

Massauah. 28. Okt. Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani“ begann heute vor dem Militärgerichte der Prozeß gegen Cagnassi, Livraghi und Genossen. Die Anklageschrift wurde verlesen und das Verhör Cagnassis beendet. Die Anzahl der Zeugen ist 93.

London. 28. Okt. Laut Privatmeldung aus Japan fand heute Vormittag in Hiogo Osaka ein starkes Erdbeben statt, welches großen Schaden anrichtete. Zahlreiche Personen wurden getötet, die telegraphischen Verbindungen sind unterbrochen.

Angekommene Fremde.

Posen. 29. Oktober.

Mylius Hotel de Dresden (Fritz Bremer). Rittergutsbesitzer Förster a. Bronikowo, Generalleutnant u. Kommandeur d. X. Division Excellenz v. Kleist a. Posen, Generalkommisionspräsident Beutner a. Bromberg, Apotheker Hammer a. Obornik, Fabrikant Gerdes a. Dresden, Baumleiter Echterbecker a. Hamburg, Ingenieur Rohrfämm a. Braunschweig, Rechnungsgrath Silbermann a.

Breslau, die Kaufleute Frankel m. Familie a. Newyork, Rickmers a. Bremen, Klein a. Böblingen, Mayer a. Alstersleben, Hessenbrück a. Remscheid, Rosengart a. Leipzig, Forthuber a. Birna, Kluge a. Breslau, Oberamtmann Trittel a. Schönbau i. Westph.

Hotel de Rome. — f. Westphal & Co. Die Kaufleute Auerbach, Frey, Jacob, Vogt, Knip, Conze, Bertowst, Cohn, Hennlein, Kücher u. Kühn a. Berlin, Wolfssohn a. Landeshut, Bachus a. Nachen, Albrecht a. Blauen, Cohn u. Waldmann a.

Breslau, Süßfleisch a. Ludwigsburg, Mayer a. Schmalenberg, de Laubell a. Hamburg, Rudolph a. Erfurt, Frank a. Crefeld, Wittner a. Bf.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Uhlig a. Annaberg, Vincz u. Gerlach aus Berlin, Taubenschlag a. Jastrow, Bökel a. Langenbielau, Rosenthal a. Guben, Dresdner a. Lissa, Frombald a. Breslau, Postmeister Ritschke u. Familie a. Gevelsberg.

Hotel Bellevue (H. Goldbach). Die Kaufleute A. Müller, G. Müller, Borsinski u. Widert a. Berlin, Hawltitscha a. Breslau, Leo a. Dresden, Ingieur Matthijs a. Berlin.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“ vormalss Langner's Hotel.

Die Kaufleute Kägeler a. Hamburg, Hantel u. Frau a. Breslau, Horwitzer u. Söhne a. Marquonin, Bauunternehmer Krause aus Weseritz, Frau Döbischin a. Nogasen.

Hotel de Berlin (W. Kamienski). Die Rittergutsbesitzer v. Wejzy a. Karmin, Szymbanski a. Bielawy, Techniker v. Sokolnicki a. Wiglowice, Gerichtsssekretär Bessert u. Frau a. Samter, Bessert v. Kurnatowski a. Warschau, Fabrikant Stier a. Berlin, die Kaufleute Niesensfeld a. Breslau, Stier u. Frau a. Berlin.

Georg Müller's Hotel „Altes Deutsches Haus“. (R. Heyne.) Uhrmacher Blunk a. Wismar, die Kaufleute Tauer a. Thorn, Hammer, Niepołski, Steinhorst, Drisch u. Stargard a. Berlin, Brückner a. Görlitz, Scharfenberg a. Lissa, Walczyski a. Posen, Meyer a. Mühlhausen, Ingieur Vorwerk a. Lötzen, Gutsbesitzer Scholz a. Lissa.

Handel und Verkehr.

Newyork. 27. Okt. Nach anfänglicher fester Stimmung erfolgte im weiteren Verlaufe der Börse eine Abschwächung. Der Schluss war fest, aber lustlos. Der Umsatz der Aktien betrug 216000 Stück. Der Silbervorrath wird auf 3800000 Unzen geschätzt. Die Silberverkäufe betrugen 65000 Unzen.

Marktberichte.

Bromberg. 28. Okt. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 210—224 M. Roggen 220—226 M., geringe Qualität 210 bis 219 M. Gerste 160—170 M. Erbsen Kuttererherben 165—178 M., Körnerherben 180—195 M. Hafer 160—168 M. Spiritus 50er 70,50 M. 70er 50,50 M.

Marktpreise zu Breslau am 28. Oktober.

Festsetzungen der städtischen Markt- Notrungs-Kommission.	gute		mittlere		gering. Ware.	
	Höchst- M. Pf.	Nied- ster M. Pf.	Höchst- M. Pf.	Nied- ster M. Pf.	Höchst- M. Pf.	Nied- ster M. Pf.
Weizen, weißer	23	22 70	21 90	21 40	20	19 —
Weizen gelber	pro	22 90	22 60	21 90	21 40	20 — 19 —
Roggen	100	23 90	23 40	22 70	22 40	21 40
Gerste	17 70	17 20	16 20	15 70	15 20	14 70
Hafer	Kilo	16 30	15 80	15 50	15 —	14 50
Erbsen	19 50	18 80	18 —	17 50	17 —	16 50

Festsetzungen der Handelskammer-Kommission.

feine mittlere ord. Waare.

Raps per 100 Kilogr. 26,70 25,40 21,90 Markt.

Winterrüben . . . 26,10 24,70 21,70 =

Schlagslein . . . 23,21 22,25 21,25 =

** **Leipzig.** 28. Okt. [Wolbericht.] Hammzug-Terminhandel. Za Plata. Grundmuster B. p. Nov. 3,67 1/2 M., p. Dez. 3,70 M., p. Jan. 3,70 M., p. Febr. 3,75 M., p. März 3,75 M., p. April 3,75 M., p. Mai 3,75 M., p. Juni 3,77 1/2 M., p. Juli 3,77 1/2 M., p. August 3,80 M., p. Sept. 3,80 M., p. Okt. 3,80 M. Umsatz 85 000 Kilo. Behauptet.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Oktober 1891.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
28. Nachm. 2	760,2	W frisch	heiter	+16,5
28. Abends 9	760,7	NWB schwach	wolkenlos	+ 2,7
29. Morgs. 7	759,5	NWB leicht	halbschleier	+ 2,9
Am 28. Okt.		Wärme-Maximum	7,2° Cel.	
Am 28.		Wärme-Minimum	0,8°	=

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 28. Oktbr.	Morgens 0,72 Meter
28.	Mittags 0,72
29.	Morgens 0,70

Telegraphische Börsenberichte.

Konditarkurse.

Breslau. 28. Okt. Fester. Neue 3proz. Reichsanleihe 84,10, 3 1/4 proz. L.-Pfandbr. 96,10, Konsol. Türk. 17,65, Türk. Loos 60,25, 4proz. ung. Goldrente 89,85, Bresl. Diskontobank 94,00, Breslauer Wechslerbank 95,00, Kreditaktien 150,15, Schles. Bankverein 110,50, Donnersmardchütte 87,00, Flöther Maschinenbau —, Katowitzer Altten-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 123,50, Oberschles. Eisenbahn 59,00, Oberschles. Portland-Zement 90,00, Schles. Cement 122,00, Oppeln. Zement 88,00, Schles. Dampf. C. —, Kramfia 117,00, Schles. Banknoten 212,00, Laurahütte 117,00, Verein. Oelsfabr. 96,75, Österreich. Banknoten 173,45, Russ. Banknoten 212,50.

